



Ergebnisbericht der INSA-Studie zur Gebietsreform

im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales

Auftragnehmerin

INSA-CONSULERE GmbH

Herr Hermann Binkert

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel: +49 361 380 395 70

Fax: +49 361 64 43 111

Projektbeschreibung

Im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales hat das Erfurter Meinungsforschungsinstitut INSA-CONSULERE eine Umfrage zur Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform und die Wirkung des Kommunikationskonzeptes durchgeführt.

In einer repräsentativen Telefonbefragung in Thüringen wurden insgesamt 1011 Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Meinung zur Gebietsreform, der Akzeptanz der Argumente in der Gebietsreformdebatte und die Wirkung der Kommunikationskampagne befragt. Der Erhebungszeitraum lag zwischen dem 30.11.2016 und dem 08.12.2016.

Ergebnisse der Befragung

Block 1: Kontakt zur Verwaltung

Zunächst wollten wir von den Befragten wissen, wie häufig sie Kontakt zur Verwaltung hatten. Fast sechs von zehn Befragten (59 %) hatten in den letzten zwölf Monaten noch keinen Kontakt mit der Verwaltung vor Ort. Die jüngste (65 % der 18- bis 29-Jährigen) und die älteste Altersgruppe (72 % der über 60-Jährigen) haben überdurchschnittlich häufig keinen Kontakt mit der Verwaltung vor Ort. Die mittleren, mutmaßlich vor allem erwerbstätigen Altersgruppen haben insgesamt häufiger Kontakt zur Verwaltung vor Ort als die jüngste und die älteste Altersgruppe. Auch zwischen den Geschlechtern gibt es signifikante Unterschiede: Zwei von drei Frauen (64 %) sagten, dass sie im vergangenen Jahr keinen Kontakt mit der Verwaltung hatten. Bei den Männern war es jeder Zweite (53 %).

Drei von zehn Befragten (29 %) hatten 1 bis 3 Mal Kontakt mit ihrer Verwaltung vor Ort, jeder Zwölfte (8 %) hatte 4 bis 10 Mal Kontakt mit seiner Verwaltung. Nur 2 Prozent aller Befragten hatten häufiger als 10 Mal Kontakt.

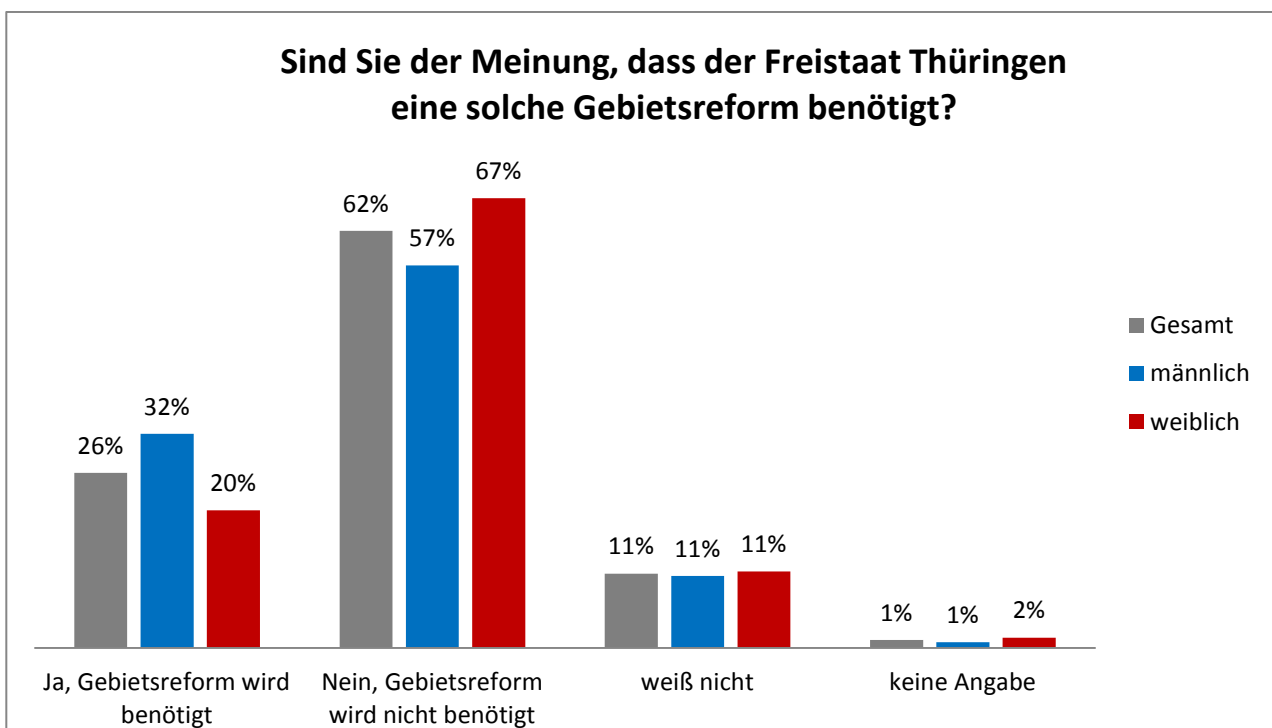
Jeder fünfte Befragte (20 %) war ganz allgemein sehr zufrieden mit der Bearbeitung seiner Anliegen in der Verwaltung vor Ort. Fast jeder Zweite (44 %) war zufrieden. Insgesamt fast zwei Drittel der Befragten (63 %) zeigten sich also eher oder sogar sehr zufrieden. Weitere 16 Prozent waren teils/teils zufrieden, nur 4 Prozent waren unzufrieden, 3 Prozent sehr unzufrieden.

Block 2: Gebietsreform

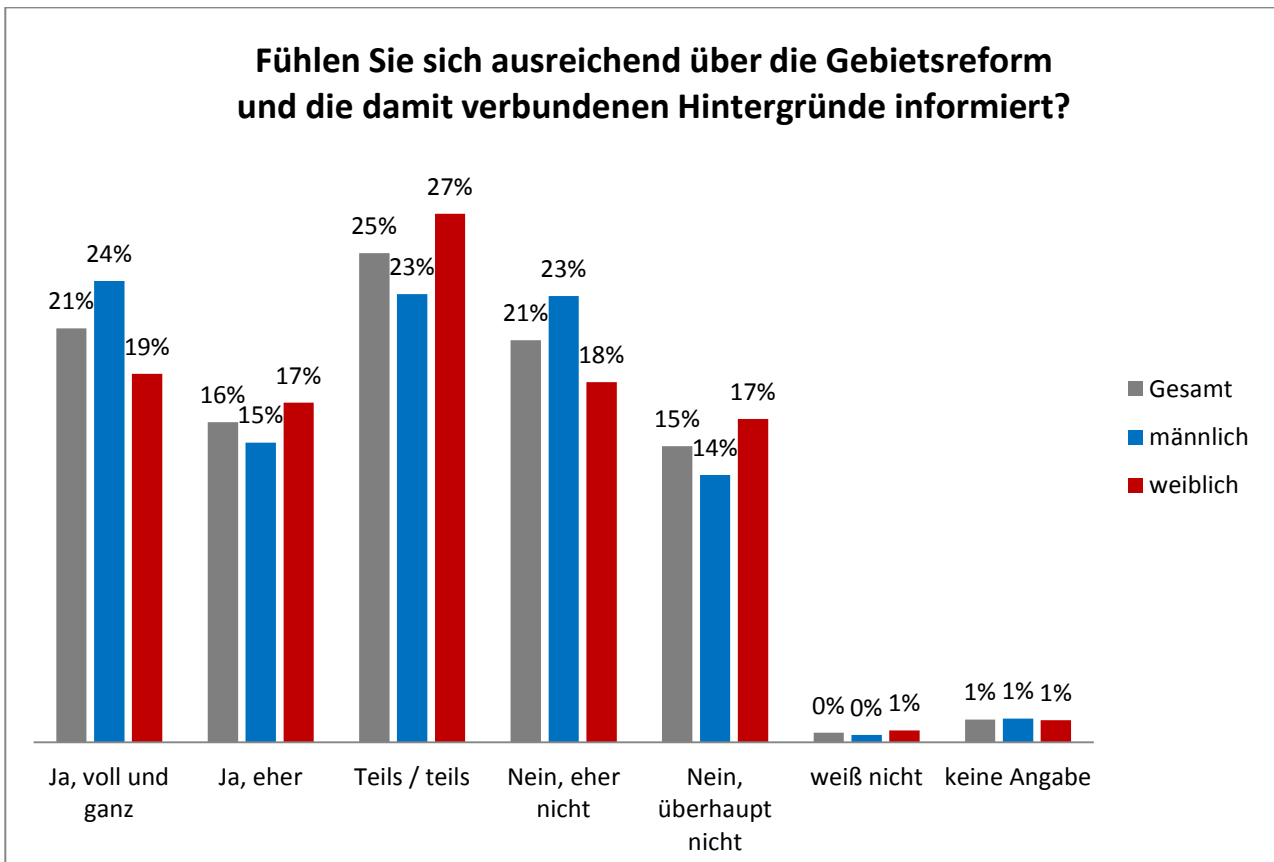
Im Freistaat Thüringen gibt es über 800 Gemeinden, 17 Landkreise und sechs kreisfreie Städte. Aktuell wird über eine Gebietsreform diskutiert, die die Anzahl der Gemeinden, der Landkreise und der kreisfreien Städte reduzieren würde. Wir wollten wissen, ob die repräsentativ Befragten meinen, dass eine solche Gebietsreform in Thüringen notwendig sei, wie lange sie die Debatte darüber schon verfolgen und ob ihnen die Positionierung der im Landtag vertretenen Fraktionen zur Gebietsreform bekannt ist.

Jeder vierte Befragte (26 %) ist der Meinung, dass eine Gebietsreform benötigt wird. Fast zwei Drittel der Befragten (62 %) finden, dass eine Gebietsreform nicht benötigt wird. Jeder Achte macht keine Angabe (1 %) oder weiß keine Antwort (11 %).

Frauen (67 %) sind deutlich häufiger gegen eine Gebietsreform als Männer (57 %). Die jüngste Altersgruppe (73 % der unter 29-Jährigen) ist deutlich häufiger als älteste Altersgruppe (55 % der über 60-Jährigen) gegen die Gebietsreform.



Nur gut jeder Fünfte (21 %) fühlt sich voll und ganz über die Gebietsreform und die damit verbundenen Hintergründe informiert. Jeder Sechste (16 %) fühlt sich eher ausreichend informiert und jeder Vierte (25 %) teils/teils. Jeder Dritte (36 %) fühlt sich eher oder überhaupt nicht ausreichend informiert.



Gut jeder vierte Befragte (27 %) meint, erst seit der laufenden Legislaturperiode (seit 2014) würde über eine Gebietsreform diskutiert. Ein weiteres Viertel (25 %) meint, man diskutiere bereits seit der vorherigen Legislaturperiode (seit 2009) über eine Gebietsreform. Weitere 28 Prozent meinen, das Thema Gebietsreform sei ein kontinuierliches Thema, fast jeder Fünfte macht dazu keine Angaben (1 %) oder weiß es nicht (19 %).

Die Befragten gehen mit jeweils relativer Mehrheit davon aus, dass die Linke (48 % zu 9 %), die SPD (47 % zu 7 %) und die Grünen (38 % zu 9 %) für die Gebietsreform sind. CDU (16 % zu 43 %) und AfD (4% zu 34 %) sieht jeweils ebenfalls eine relative Mehrheit als Gegner der Gebietsreform.

Wir haben gefragt, wie die unterschiedlichen Maßnahmen, die der Freistaat Thüringen ergreifen kann, um auf sinkende Einwohnerzahlen, weniger Erwerbstätige und zurückgehende Finanzmittel zu reagieren, ankommen. Die Zusammenlegung von Landkreisen wird von gut jedem Dritten als sehr sinnvoll (15 %) bzw. als eher sinnvoll (24 %) angesehen. Eine deutliche Mehrheit (57 %) lehnt die Zusammenlegung von Landkreisen als nicht sinnvoll (29 %) bzw. sicher nicht sinnvoll (28 %) ab.

Eine klare Mehrheit der Befragten (58 %) ist dafür, dass Gemeinden zusammengelegt werden. 19 Prozent finden das sehr sinnvoll und 39 Prozent eher sinnvoll. Nur gut jeder Dritte lehnt die Zusammenlegung von Gemeinden ab, eher nicht sinnvoll finden es 16 Prozent der Befragten und

21 Prozent finden es sicher nicht sinnvoll. Männer (64 % zu 32 %) sind häufiger für die Zusammenlegung von Gemeinden als Frauen (53 % zu 41 %).

Neun von zehn Befragten (92 %) finden es sehr sinnvoll (65 %) bzw. eher sinnvoll (28 %) Gemeinden finanziell zu fördern. Nur jeweils ca. 2 Prozent finden dies eher oder sicher nicht sinnvoll.

Dreiviertel der Befragten (78 %) finden es sehr sinnvoll (52 %) bzw. eher sinnvoll (26 %) die Verwaltungen zu modernisieren. Nur jeweils ca. 4 Prozent finden dies eher oder sicher nicht sinnvoll.

88 Prozent der Befragten sind dafür, die Verwaltungen effizienter zu machen. 62 Prozent halten das sehr sinnvoll, weitere 26 Prozent eher sinnvoll. Nur jeder Vierzehnte (7 %) meint, die Verwaltungen effektiver zu machen, sei eher nicht (6 %) bzw. sicher nicht (1 %) sinnvoll.

Jeder Dritte (33 %) findet es sehr sinnvoll (14 %) bzw. eher sinnvoll (20 %) staatliche Aufgaben auf die Kommunen zu übertragen. Eine Mehrheit von 51 Prozent sieht die Übertragung staatlicher Aufgaben an die Kommunen als eher nicht sinnvoll (31 %) bzw. sicher nicht sinnvoll (20 %) an.

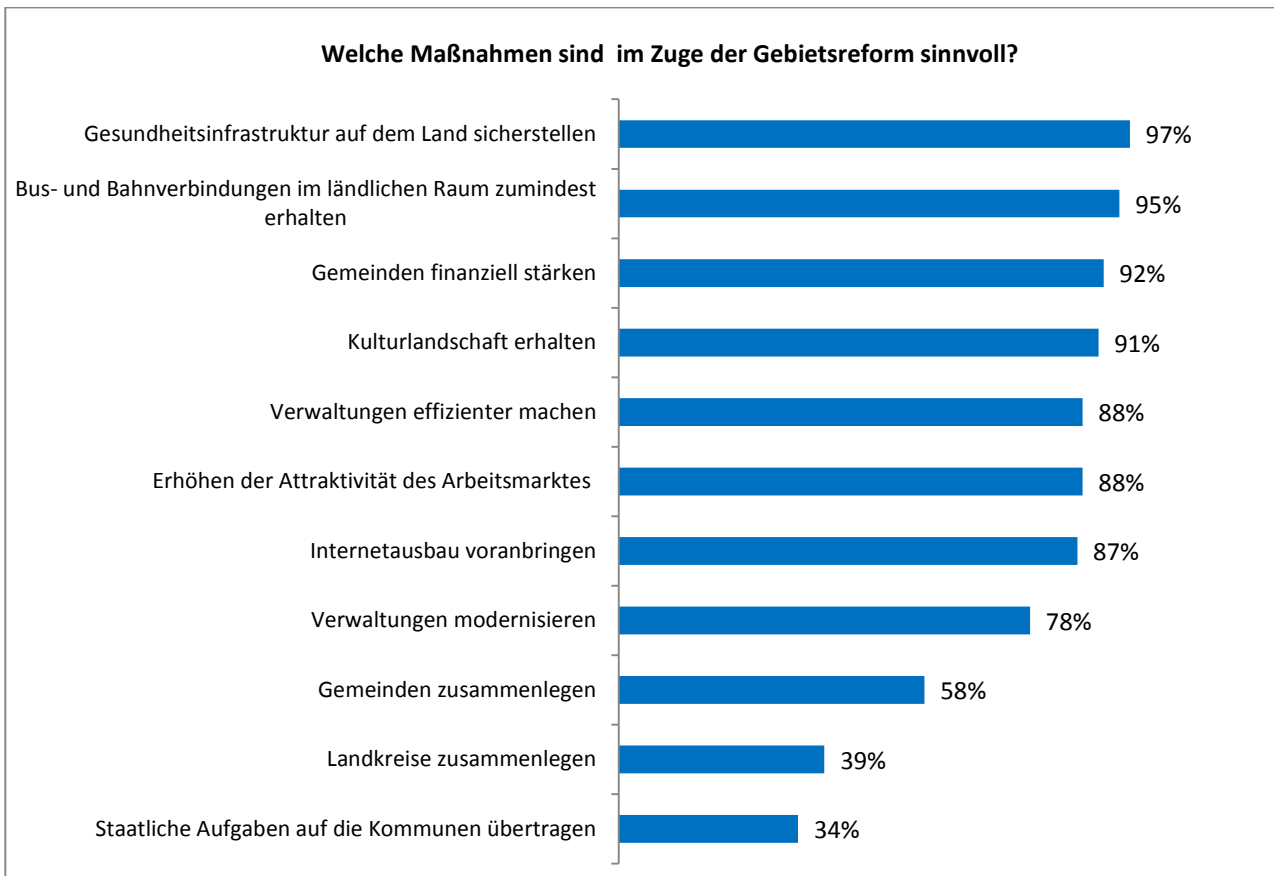
95 Prozent aller Befragten finden es sehr sinnvoll (81 %) bzw. eher sinnvoll (14 %), wenn Bus- und Bahnverbindungen im ländlichen Raum zumindest erhalten bleiben.

97 Prozent halten es für sehr sinnvoll (88 %) oder eher sinnvoll (8 %), dass die Gesundheitsinfrastruktur – z. B. Ärzte auf dem Land – sichergestellt wird.

Ebenfalls neun von zehn Thüringern (91 %) halten es für sehr sinnvoll (67 %) bzw. eher sinnvoll (24 %), die Kulturlandschaft, d. h. den Zugang zu Veranstaltungsorten – z. B. Museen und Theatern, zu erhalten.

87 Prozent aller Befragten halten es sehr sinnvoll (68 %) bzw. eher sinnvoll (19 %) den Internetausbau voranzubringen. Die Mehrheiten für das Voranbringen des Internetausbaus bewegen sich zwischen 80 Prozent in der Altersgruppe der über 60-Jährigen bis zu 92 Prozent in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen.

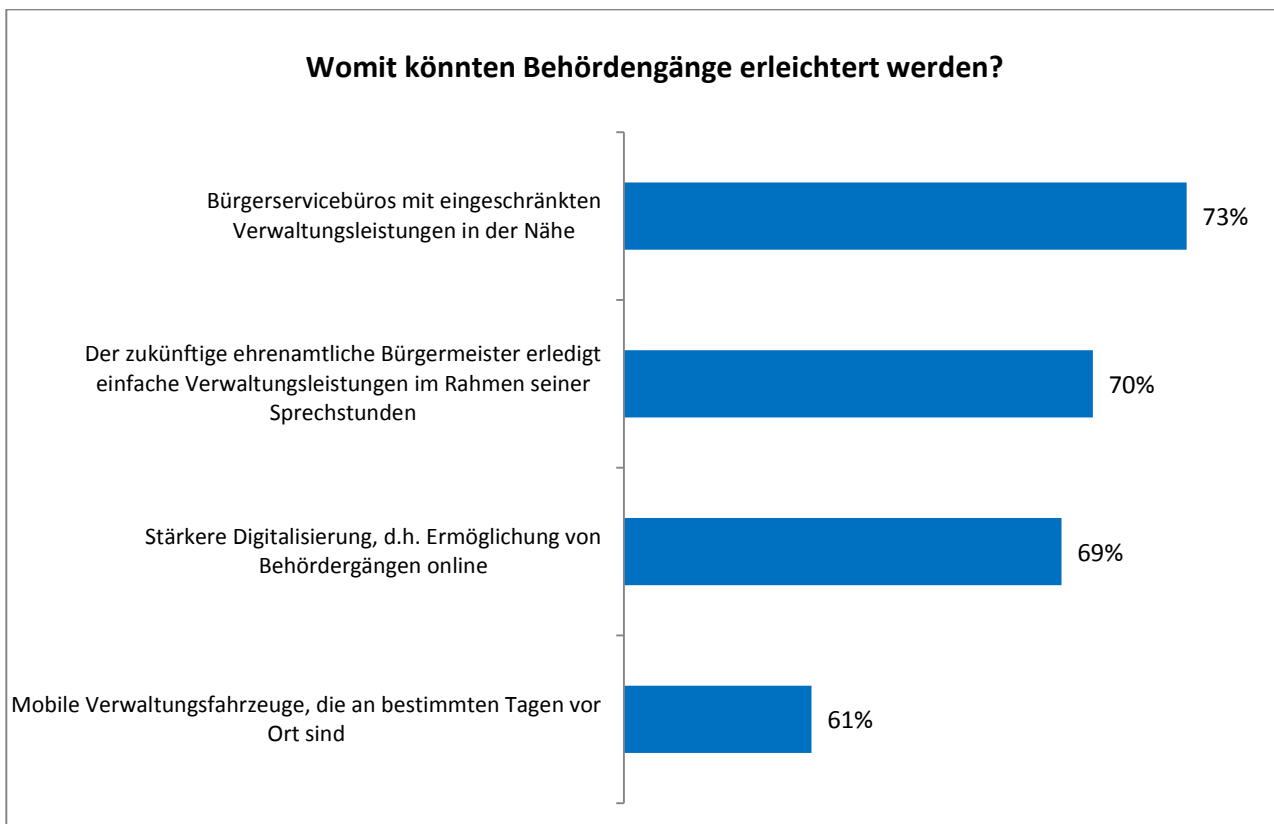
Fast neun von zehn Befragten (88 %) sagen auch, dass sie es sehr sinnvoll (75 %) bzw. eher sinnvoll (14 %) halten, die Attraktivität des Arbeitsmarktes durch familienfreundliche Arbeitsangebote, attraktivere und individuellere Arbeitsbedingungen, Weiterbildungen und besseres Gehalt zu erhöhen.



Dreiviertel der Befragten (76 %) halten es für sehr sinnvoll (48 %) bzw. eher sinnvoll (25 %), wenn Bürgerservicebüros mit eingeschränkten Verwaltungsleistungen in der Nähe eingerichtet würden. Für mobile Verwaltungsfahrzeuge, die an bestimmten Tagen vor Ort sind, sprechen sich sechs von zehn Befragten (61 %) aus. 32 Prozent halten solche mobilen Verwaltungsfahrzeuge für sehr sinnvoll, weitere 29 Prozent für eher sinnvoll.

Für eine stärkere Digitalisierung sprechen sich sieben von zehn Befragten (69 %) aus. 43 Prozent halten die Ermöglichung von Behördengängen online sehr sinnvoll, weitere 26 Prozent halten dies für eher sinnvoll. Bei Frauen (61 %) und über 60-Jährigen (59 %) ist der Zuspruch, Behördengänge auch online erledigen zu können, ebenfalls deutlich, wird aber weniger häufig genannt als von Männern (77 %) und unter 30-Jährigen (75 %).

Sieben von zehn Befragten (70 %) sehen es als sehr sinnvoll (44 %) oder eher sinnvoll (27 %) an, wenn der zukünftige ehrenamtliche Bürgermeister einfache Verwaltungsleistungen im Rahmen seiner Sprechstunde erledigt. Nur jeder Vierte (25 %) sieht das als eher nicht sinnvoll (15 %) oder als überhaupt nicht sinnvoll (10 %) an. Mehr über 60-Jährigen (74 %) als unter 30-Jährigen (67 %) ist es wichtig, Anträge etc. dem ehrenamtlichen Bürgermeister im Rahmen seiner Sprechstunde zukommen zu lassen.



Block 3: Informationskampagne

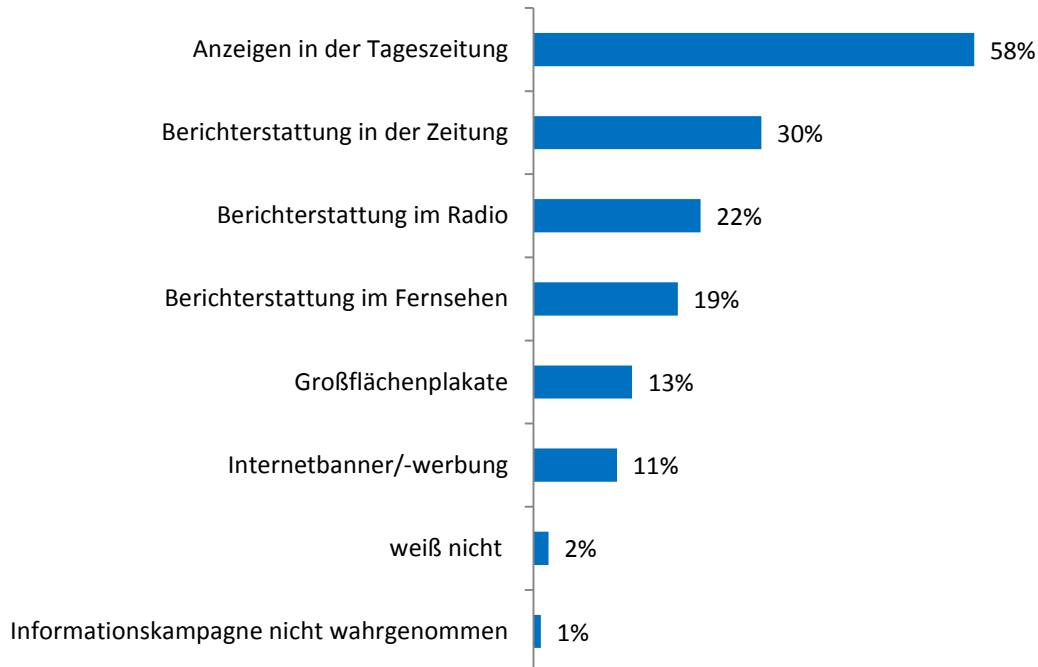
Bekanntheit der Informationskampagne

Dreiviertel der Befragten (75 %) haben von der Informationskampagne der Landesregierung zur Gebietsreform mit dem Titel „Gegen diese Reform kann man nicht sein“ noch nichts gehört. Jeder Vierte (23 %) kennt die Informationskampagne. Mehr Männer (29 %) und über 50-Jährige (27 %) als Frauen (18 %) und unter 30-Jährige (10 %) haben von der Informationskampagne der Landesregierung gehört.

Wirkung der Medien

Den Befragten, die die Informationskampagne zur Kenntnis genommen haben, sind vor allem die Anzeigen in den Tageszeitungen (58 %) aufgefallen. Jeder Dritte (30 %) erinnert sich an die Berichterstattung in den Tageszeitungen. 23 Prozent haben im Radio davon gehört, 19 Prozent im Fernsehen und weitere 13 Prozent bemerkten die Großflächenplakate. Jedem Zehnten (11 %) fielen die Internetbanner bzw. die Werbung im Internet auf. Unter den unter 30-Jährigen, die die Informationskampagne kannten, hat sie jeder Zweite (50 %) im Internet zur Kenntnis genommen.

Wo haben Sie die Informationskampagne wahrgenommen?



Argumente für die Gebietsreform

Den Befragten wurden verschiedene Argumente, die von der Landesregierung zur Begründung der Gebietsreform angeführt werden, vorgelesen. So wurde sichtbar, ob und wie stark die Zustimmung bzw. Ablehnung zu den einzelnen Argumenten ist.

Knapp jeden dritten Befragten (31 %) überzeugt das Argument, die Gebietsreform sei notwendig, um den mit dem demografischen Wandel einhergehenden Einwohnerverlust abzufedern. Im Einzelnen stimmen 13 Prozent der These voll und ganz zu, weitere 18 Prozent stimmen der These eher zu. Insgesamt 39 Prozent lehnen die These eher (18 %) bzw. voll und ganz (20 %) ab. Jeden Vierten (26 %) überzeugt das Argument teils/teils.

Mehr Befragte überzeugt das Argument, die Gebietsreform sei notwendig für eine übersichtliche und kostengünstigere öffentliche Verwaltung. Vier von zehn Befragten (42 %) stimmen diesem Argument voll und ganz (16 %) bzw. eher (26 %) zu. Jeder Dritte (36 %) lehnt dieses Argument eher (17 %) oder voll und ganz (19 %) ab. 17 Prozent überzeugt dieses Argument teils/teils.

Dem Argument, dass die Gebietsreform notwendig sei, um die Gemeinden wirtschaftlich zu stärken stimmt jeder dritte Befragte (36%) voll und ganz (15 %) bzw. eher (20 %) zu. Insgesamt 38 Prozent der Befragten lehnen dieses Argument eher (17 %) bzw. voll und ganz (21 %) ab. Jeden Fünften (19 %) überzeugt das Argument teils/teils.

Ebenfalls jeden Dritten (35 %) überzeugt das Argument, die Gebietsreform sei notwendig, weil der Freistaat zukünftig weniger finanzielle Ressourcen haben werde, voll und ganz (15 %) bzw. eher (20 %). Ein weiteres Drittel der Befragten (33 %) lehnt dieses Argument eher (15 %) bzw. voll und ganz (18 %) ab. Teils/teils überzeugen lassen sich 23 %.

Jeder Vierte (25 %) stimmt dem Argument, die Gebietsreform sei notwendig, um gleich Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu schaffen, zu. Jeder Zehnte (11 %) stimmt dem voll und ganz zu, jeder Siebte (15 %) stimmt dem eher zu. Auf der anderen Seite lehnt jeder Zweite

(51 %) dieses Argument ab. 22 Prozent lehnen es eher ab, weitere 29 % lehnen es voll und ganz ab. 16 Prozent überzeugt das Argument teils/teils.

Dem Argument, dass die Gebietsreform zur Gewährleistung der bürgerschaftlichen Teilhabe und Bürgernähe notwendig sei, stimmen 8 Prozent der Befragten voll und ganz, weitere Prozent eher zu. Den 17 Prozent, die sich von diesem Argument überzeugen lassen, stehen 61 Prozent gegenüber, die diese Argumentation eher (23 %) oder voll und ganz (38 %) ablehnen. Teils/teils überzeugt 18 Prozent das Teilhabe-Argument.



Nachdem alle Argumente abgefragt wurden sprechen sich 30 Prozent insgesamt für die Gebietsreform und 57 Prozent gegen die Gebietsreform aus. Jeder Zehnte (11 %) weiß keine Antwort und 3 Prozent wollen keine Angaben machen.

Fazit

1. Neun von zehn Befragten (87 %) haben pro Jahr keinen (59 %) oder maximal drei Mal (29 %) Kontakt mit ihrer Verwaltung vor Ort. Alternative Möglichkeiten der Kontaktaufnahme – Bürgerservicebüros, mobile Verwaltungsfahrzeuge, die Ermöglichung von Behördengängen online und Sprechstunden des ehrenamtlichen Bürgermeisters – stoßen auf großen Zuspruch.
2. Aus der repräsentativen Bevölkerungsbefragung kann man schließen, dass die Thüringerinnen und Thüringer mehrheitlich eine Gebietsreform ablehnen. Diejenigen, die die Argumente für die Gebietsreform jedoch kennen, stimmen der Gebietsreform häufiger zu als diejenigen, die die Argumente so noch nicht wahrgenommen haben. Das zeigt sich sowohl daran, dass die Befragten, die diese Informationskampagne der Landesregierung zur Gebietsreform kannten, der Gebietsreform häufiger zustimmten, als auch daran, dass, nach dem Vortrag der Argumente für die Gebietsreform, die Zahl der Befürworter der Gebietsreform anstieg und die Zahl der Gegner sank.
3. Die Tatsache, dass jeweils eine relative Mehrheit der Befragten die Positionierung der einzelnen Fraktionen in der Gebietsreformdiskussion richtig einschätzt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass jeweils eine Mehrheit der Befragten die Positionierung der Fraktionen falsch einschätzt, die Positionierung der Parteien nicht kennt, keine Antwort weiß oder keine Angabe macht.
4. Jeder Vierte (23 %) hat die Informationskampagne der Landesregierung zur Gebietsreform wahrgenommen. Vor allem Zeitungsanzeigen und die Berichterstattung in den Zeitungen dringen durch. Um insbesondere die jüngeren Altersgruppen zu erreichen, könnte eine Verstärkung der Internetpräsenz sinnvoll sein.
5. Nur die beiden Argumente – die Gebietsreform sei notwendig, um Teilhabe und Bürgernähe zu gewährleisten bzw. die Gebietsreform sei notwendig, um gleiche Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu schaffen – überzeugen nicht. Allen anderen Argumenten stimmt eine Mehrheit voll und ganz, eher oder zumindest teils/teils zu.
6. Die Stimmung in der Bevölkerung zu einer Gebietsreform in Thüringen ist differenziert. Obwohl die allermeisten Bürgerinnen und Bürger die Verwaltung gar nicht oder sehr selten aufsuchen, ist eine deutliche Mehrheit einerseits gegen die Gebietsreform, aber andererseits eine noch größere Mehrheit offen für alternative Möglichkeiten des Kontaktes zur Verwaltung. Es erscheint sinnvoll, die politische Debatte über das ob und wie einer Gebietsreform sowohl von Seiten der Landesregierung als auch der Parteien argumentativ zu führen, die Bürger und ihre Positionen „mitzunehmen“.
7. Es geht bei der Debatte um die Gebietsreform in Thüringen möglicherweise nicht nur um funktionale Argumente, sondern auch um lokale Identität. Deshalb könnte es sinnvoll sein – auch mit Hilfe quantitativer und qualitativer Methoden der Sozialforschung – Wege aufzuzeigen, ob und ggfs. wie, unabhängig von strukturellen Veränderungen, diese lokale Identität bewahrt werden kann.

Erfurt, 12. Dezember 2016
Hermann Binkert